

12.05.2004

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

zur Großen Anfrage 22
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4461

"Von der Schule in die Leere....?"

Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Perspektiven am Ausbildungsstandort NRW"

Antwort der Landesregierung
Drucksache 13/5300

Ausbildungsstandort Nordrhein-Westfalen braucht wieder Perspektive Berufliche Bildung im Dualen System stärken

I. Ausgangslage

Mit dem „Ausbildungskonsens NRW“ hat die Landesregierung das anspruchsvolle Versprechen abgegeben: „Jeder junge Mensch in Nordrhein-Westfalen, der ausgebildet werden will, wird auch ausgebildet.“ Diese Zusage wurde zum letzten Ausbildungsstart bereits tausendfach gebrochen. Nach aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Situation 2004 in Nordrhein-Westfalen weiter verschlechtert. Etwa 60.000 Lehrstellenbewerber waren zum Monatsbeginn Mai noch nicht vermittelt. Ihnen stehen nur rund 30.000 offene Stellen gegenüber. Auf eine Lehrstelle kommen somit etwa zwei Bewerber. In Problemregionen dieses Landes wie dem Ruhrgebiet sieht die Lehrstellenbilanz noch weitaus schlechter aus.

Die Dunkelziffer ungewollter Ausbildungslosigkeit liegt weit höher, da viele Tausende mittlerweile in diverse Berufswarteschleifen, vollzeitschulische Ersatzausbildungen, verlängerte Schulbesuche oder in die ungewollte Studienaufnahme geflüchtet sind. Aufgrund der in den nächsten Jahren noch weiter ansteigenden Zahlen der Schulabgänger wird sich die Dramatik des Ausbildungsmangels weiter verschärfen.

Das Duale Ausbildungssystem in NRW ist anders als das ausweislich der PISA-Studie hoch defizitäre Schulwesen international führend und bleibt einer der wichtigsten Wege zur Sicherung des Nachwuchs- und Fachkräftebedarfs der Wirtschaft. Eine qualifizierte berufliche

Datum des Originals: 12.05.2004/Ausgegeben: 12.05.2004

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

Ausbildung, mit der auch die Grundlage für ein eigenverantwortliches lebenslanges Lernen geschaffen wird, ist unabdingbar für die weitere berufliche Entwicklung sowie zur Vorbeugung vor Arbeitslosigkeit.

Vor diesem Hintergrund stimmen die nüchternen Fakten nachdenklich, die die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage 22 der FDP-Landtagsfraktion zur Zukunft des Ausbildungsstandortes NRW veröffentlicht:

- Die Anzahl der Ausbildungsstellen ist in den letzten 10 Jahren von 141.000 auf 115.000 gesunken. Dies entspricht einem Rückgang um 15%. Spitzenreiter ist der öffentliche Dienst, der seine Ausbildungskapazitäten fast halbiert hat. Der Lehrstellenmangel in NRW wird um so bewußter, wenn man die hohe Dunkelziffer derer mit berücksichtigt, die aus Enttäuschung oder durch den Besuch von Berufswarteschleifen in der Statistik erst gar nicht mehr auftauchen. Aus Gründen der Lehrstellenknappheit haben sich seit Beginn des Ausbildungskonsenses immer mehr Schulabgänger aus dem regulären System der Dualen Berufsausbildung zurückgezogen und trotz ihres anfänglichen Lehrstelleninteresses alternative Wege des Verbleibes gesucht. Diese Quote beträgt mittlerweile zum letzten Erhebungszeitraum 2002 immerhin 31% und ist seit 1995 von 21% fast kontinuierlich gestiegen
- Wichtige Gründe der befragten Unternehmen für ihre Ausbildungszurückhaltung sind vorhandene Bildungsmängel der Absolventen und eine zu große Praxisferne bei der Berufswahl. Auch wirtschaftliche Überlegungen spielen eine Rolle: Nur die Hälfte der Ausbildungskosten wird kompensiert durch direkten betrieblichen Ertrag. Mit rund 50% bilden Ausbildungsvergütungen den größten Kostenblock. Da die Produktivität der Auszubildenden nicht mit den gestiegenen Lohnkosten Schritt hält, sind in den letzten zehn Jahren im Handwerk die Nettokosten Dualer Berufsausbildung um 27% gestiegen.
- Der Bedarf an einfachen Tätigkeiten sinkt, so daß immer stärker mittlere oder höhere Anforderungen gefragt sind. Hauptschüler haben es immer schwerer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen; der Anteil von Hauptschülern an Vertragsabschlüssen sank in den letzten zehn Jahren von 35% auf 29%. Sonderschüler haben nahezu keine Chance mehr auf eine Berufsausbildung im Dualen System.
- Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist die Anzahl gescheiterter Ausbildungsverhältnisse sichtbar gestiegen. Wurden 1997 noch 24% aller Lehrverträge vorzeitig beendet, sind dies 2002 bereits 29%. Davon fanden immerhin 17% der betroffenen keinerlei anderweitige Verwendung und wanderten direkt in die Jugendarbeitslosigkeit ab. Vor Stellenantritt wurden bereits 4% Verträge obsolet.
- Eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung ist keinerlei Garantie für einen weiteren Verbleib im Betrieb. Rund 40% der erfolgreichen Absolventen landeten nach Ausbildungsende zunächst oder dauerhaft in der Jugendarbeitslosigkeit.
- Die reguläre Berufsausbildung im international vorbildlichen Dualen System wird für Schulabgänger immer weniger zum Normalfall. Die Anzahl nicht versorgter Absolventen wäre erheblich größer, wenn nicht immer mehr Jugendliche in Berufswarteschleifen, staatliche Ersatzausbildungen und vollzeitschulische Bildungsgänge abwandern würden. So sind rein schulische „Berufsabschlüsse“ nach Landesrecht von 1998 bis zum Jahr 2003 von 23.000 auf 37.000 gestiegen. Dies entspricht einer Zunahme um 58%. Angelockt werden vor allem Absolventen mittlerer Bildungsabschlüsse. Die Anzahl technischer, hauswirtschaftlicher und kaufmännischer Assistenten, die mit dem ersatzweisen „Berufsabschluß“ zugleich die Allgemeine Hochschulreife verliehen bekommen, stieg im 5jährigen Betrachtungszeitraum bis 2003 um 150% von rund 1.600 auf 4.100 Absolventen. Zeitgleich stieg die Anzahl von Schülern in Klassen ohne Ausbildungsverhältnis in den Jahren 1998 bis 2003 von knapp 24.000 auf über 36.000, was einer Zunahme von 52% entspricht. Die Landesregierung rechnet in den nächsten fünf Jahren mit einem Anstieg um weitere 4.000 Schüler in diesem Bereich.

- Die Qualität dieser Ersatzmaßnahmen und Warteschleifen ist außerordentlich gering und dient eher der Unterbringung denn qualifikatorischen Zielen. Nur 1% der Schüler in letztgenannten Klassen ohne Berufsausbildungsverhältnis konnte dafür der einfache Hauptschulabschluß verliehen werden.
- Bei den Teilnehmern der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr erlangte mehr als die Hälfte beim letzten Termin 2003 keinerlei Abschluß. Weniger als ein Drittel bekam einen Hauptschulabschluß (31%); 18% wurden zumindest nach dem Jahr berufliche Basiskenntnisse attestiert. Ähnliches gilt für ausbildungs- und berufsvorbereitende Maßnahmen der Arbeitsverwaltung: Eintritts- und Bestandszahlen sind hier seit 1997 kontinuierlich angestiegen. Die Neuzugänge wuchsen von rund 19.000 auf 29.000 und die Verweilzahlen von 12.000 auf 18.000 Jugendliche.
- Das Land NRW hat sich zunehmend aus dem finanziellen Engagement zur Verstärkung von Ausbildungsprojekten zurückgezogen. So wurden „Berufsförderlehrgänge“ und das Nachfolgeprojekt „Betrieb und Träger (BuT)“ für etwa 1.000 Jugendliche bei 35 Trägern im Mittelvolumen von 7,5 Mio. € eingestellt. Landesmittel für Ausbildungsverbünde wurden seit dem Jahr 2000 bis 2003 auf mittlerweile etwas über 1 Mio. € halbiert. Problemjugendliche dürften zukünftig mit weniger staatlicher Unterstützung beim Berufseintritt rechnen.
- Die Lehrerversorgung an berufsbildenden Schulen ist in NRW die zweitschlechteste in ganz Deutschland. So betrug die Schüler/Lehrer-Relation bislang bereits 41,5. Diese wird sich durch die aktuellen Sparbeschlüsse der Landesregierung im neuen Landeshaushalt 2004 sicher weiter verschlechtern. Zugleich sind die Klassenfrequenzen für vollzeitschulische Maßnahmen und berufsvorbereitende Angebote seit der Begründung des Ausbildungskonsenses 1996 kontinuierlich angewachsen.
- Der Lehrerberuf an Berufskollegs liegt auch im laufenden Schuljahr über der Prognose. Hier rächt sich in finanzieller Hinsicht die Strategie der Landesregierung, anstelle der betrieblichen Ausbildung im Dualen System immer stärker staatliche Ersatzmaßnahmen zu forcieren: Der Lehrerberuf in Vollzeitformen ist 2,5mal so hoch wie für herkömmliche betriebliche Ausbildungsgänge.
- Es gibt zahlreiche Mangelfächer an berufsbildenden Schulen. Vor allem betroffen sind der mathematisch-naturwissenschaftliche Bereich, Fremdsprachen und technische Fachrichtungen – also gerade die Bereiche, in denen noch am meisten zukunftsfähige Jobs entstehen.
- An Berufskollegs fehlen reguläre Lehrerneueinstellungen. In den Jahren 1995 bis 2003 wurde die Unterrichtserteilung nur annähernd sichergestellt, indem das Mangelprogramm Geld statt Stellen mit 1,7 Mio. Unterrichtsstunden bemüht worden ist.
- Immer stärker werden anstelle ausgebildeter Lehrkräfte Seiteneinsteiger mit dem beruflichen Unterricht betraut. Allein in den Jahren 2001 bis 2003 gilt dies für fast 850 Stellen. Der Anteil von Unterricht durch Kräfte ohne reguläre Lehrbefähigung ist bei vielen Fächern seit Jahren relevant, damit die notwendigsten Pflichtstunden überhaupt noch erteilt werden können.
- Die Stellungnahme der Landesregierung offenbart große Defizite in der Bildungserstattung im Bereich der Beruflichen Bildung. Viele Daten werden nur alle paar Jahre oder gar nicht erhoben. Darunter sind auch viele steuerungsrelevante Größen und Kenntnisse über Ausbildungs- und Berufsverläufe, die wesentlich für die Bewertung der Politik und eine vorausschauende zukünftige Planung sind. Beispielsweise fehlen der Landesregierung jegliche statistischen Erkenntnisse zu folgenden Sachverhalten: Erhebungen zum Wissensstand der Schulabsolventen, aggregierte Kenntnisse über typische Bildungswege und Bildungsverläufe in Abhängigkeit vom Schulabschluß, Anzahl tatsächlich praktizierter vorgesehener Förderkurse und Stützangebote der APO-BK an den Berufskollegs, Ursachen unbesetzter Ausbildungsstellen, Gründe für Vertragslösungen, Übernahmequoten und befristete Vertragsangebote nach Ausbildungsabschluß, Abbre-

cherquoten bei schulischen Ersatzmaßnahmen, Erfolgsquoten bei staatlichen Bildungsgängen und für das Duale System, Umfang der und Gründe für Schulverweigerung.

Bereits heute hat eine gravierende Erosion im Dualen System der Berufsausbildung in NRW stattgefunden. Rund ein Drittel der ursprünglich an einer betrieblichen Lehrstelle interessierten Jugendlichen weichen in Berufswarteschleifen, schulische Vollzeitmaßnahmen und staatliche Berufsförderung aus. Vor Beginn des Ausbildungskonsenses war dies nur ein Fünftel. In den letzten fünf Jahren stieg die Anzahl von Absolventen rein schulischer „Berufsabschlüsse“ um 14.000 auf 37.000 an; Klassen ohne Berufsausbildungsverhältnis wuchsen zugleich um 12.000 auf nunmehr 36.000 Jugendliche an. Die Landesregierung erwartet bei gleichzeitiger Stagnation auf dem regulären Lehrstellenmarkt weitere Zuwächse hier im Umfang mehrerer Tausend Nachfrager.

Die Politik hat ihren Beitrag nicht erfüllt. Es fehlt die Vermittlung notwendiger Ausbildungsreife im allgemeinbildenden Schulsystem und die Flexibilität bei der Ausgestaltung der Ausbildungsgänge zur Bewältigung und Überbrückung der derzeitigen demographischen Spitze.

Die FDP-Landtagsfraktion erwartet schnellstens Maßnahmen der Landesregierung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem ersten Ausbildungsmarkt.

II. Handlungsnotwendigkeiten

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen möge daher beschließen:

Es ist ein Kernanliegen der Landespolitik, das duale Ausbildungssystem in Nordrhein-Westfalen zu stärken und Berufskollegs bei ihrer optimalen Aufgabenerfüllung zu fördern und zu unterstützen, um daraus den bestmöglichen Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft zu ziehen. Eine Ausbildung im Dualen System der Berufsausbildung muß Vorrang vor vollzeitschulischen Ausbildungsgängen haben.

Folgende Handlungsfelder sind unverzichtbar:

1. Verbesserung des betrieblichen Ausbildungsnutzens

Die Stellungnahme der Landesregierung belegt die hohen Ausbildungskosten der Betriebe in Zeiten wirtschaftlicher Flaute. Der betriebliche Ausbildungsnutzen muß daher verbessert werden, damit zukünftig eine höhere Ausbildungsbeteiligung der Unternehmen entsteht. Arbeitszeitverkürzungen in Ausbildungsverträgen haben sich in den letzten Jahren fast ausschließlich in Form einer Verringerung der betrieblichen Anwesenheitszeit ausgedrückt. Stattdessen ist es notwendig, den zweiten Berufsschultag abzuschaffen und den verpflichtenden Fächerkanon im Berufskolleg um nicht berufsbezogene Fächer wie Sport und Religion zu reduzieren. Die APO-BK ist entsprechend zu ändern.

Neben einer für alle Bildungsgänge notwendigen Schulzeitverkürzung können auch Ausbildungszeiten in vielen Fällen reduziert werden, wenn bereits im Vorfeld erworbene Teilqualifikationen in einem modularisierten System anerkannt werden. So entsteht auch betrieblich ohne Mehrkosten der nötige Raum für spätere berufliche Bildung im Rahmen des lebenslangen Lernens.

Ferner müssen die Inhalte besser den Bedürfnissen späterer Berufstätigkeit angepaßt werden. Dazu gehört vor allem auch eine Modernisierung der Lehrpläne, beispielsweise im Bereich der Internationalisierung. Wenn Betriebe längst mit internationalen Rechnungslegungs-

standards arbeiten, reicht es nicht aus, an kaufmännischen Berufsschulen nur Inhalte des klassischen deutschen HGB zu vermitteln.

Begleitend sind die allgemeinen Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Betätigung zu verbessern. Ausbildungsbetriebe dürfen durch teilweise zu hohe Ausbildungsvergütungen sowie eine erdrückende Steuer- und Abgabenlast nicht länger gezwungen sein, ihre Ausbildungsbereitschaft zu reduzieren. Diese Belastungen betreffen gegenwärtig insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die in unserem Land die höchste Ausbildungsintensität aufweisen.

Aktivitäten der öffentlichen Hand dürfen sich nicht länger allein darauf konzentrieren, die ökonomischen Rahmenbedingungen zu verschlechtern und Zwangsumlagesysteme per Gesetz zu verfügen. Der Staatsdienst muß vor allem endlich mit gutem Beispiel vorangehen und selbst mehr ausbilden.

2. Steigerung der Ausbildungsfähigkeit/Ausbildungsreife

Damit zum nächsten Ausbildungstermin Tausende neuer Ausbildungsstellen durch gestiegene Ausbildungsbereitschaft der Betriebe entstehen und kein einziges Ausbildungsangebot mehr in Folge einer zu geringen Qualifikation der Schulabsolventen verfällt, muß der Landtag unverzüglich folgende Maßnahmen an vorgelagerten allgemeinbildenden Schulen zur Qualitätssicherung beschließen:

- Verabschiedung eines Unterrichtssicherungsgesetzes zur Bekämpfung des Stundenausfalls und zu großer Klassenfrequenzen
- Stärkung der Kernkompetenzen und Kulturtechniken (Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten sowie naturwissenschaftliche Grundbildung) in den Stundentafeln aller Bildungsgänge in der Sekundarstufe I
- Stärkung der Sekundärtugenden durch allgemeine Aufnahme von Beurteilungen des Arbeits- und Sozialverhaltens in alle Zeugnisse
- Bewertung und Benotung der Lernstandardtests
- verbindliche Dokumentation von Fehlzeiten in Abschlusszeugnissen
- Abschaffung des Drittelerlasses zur Vermeidung von Nivellierungstendenzen
- Maßnahmen zur Erfüllung des Schulpflichtgesetzes bei hartnäckigen Schulverweigerern
- Schaffung von mehreren hundert Stellen von Sozialpädagogen an Brennpunktschulen für bildungsbenachteiligte Jugendliche
- Verstärkung des Anteils ökonomischer Grundbildung an allgemeinbildenden Schulen durch Einführung eines Unterrichtsfaches Wirtschaft.

Durch diese Maßnahmen wird es möglich sein, qualifizierte Bewerber für die nach Ausbildungsbeginn unbesetzt bleibenden Stellen zu finden. Dies sind zum letzten Ausbildungsbeginn über 1.000 in NRW gewesen.

3. Qualitätssicherung in der Berufsausbildung

Die Politik muss der Herausforderung begegnen, berechtigterweise steigenden Anforderungen der Betriebe zu entsprechen, obwohl die Vorqualifikation der Schulabgänger bislang oftmals zu gering ausfällt. Folgende Änderungen sind unverzichtbar:

- Schulranking unter den Berufskollegs
- Freiheit der Auswahl des beschulenden Berufskollegs im Qualitätswettbewerb der Einrichtungen jenseits von Schulbezirksgrenzen

- Einstellung fachlich versierten Lehrpersonals anstelle von Mangelprogrammen zur Rekrutierung von Nichterfüllern
- Schaffung der Möglichkeit für praktisch begabte Jugendliche, anstelle von Schulmüdigkeit das 10. Pflichtschuljahr bei Nachweis eines Ausbildungsverhältnisses berufsbegleitend im Berufskolleg erbringen zu können
- Förderung berufsbildender Privatschulen zum Erhalt und zur Förderung zusätzlicher berufsvorbereitender und berufsausbildender Angebote
- stärkere Differenzierung innerhalb des Leistungsspektrums der Berufskollegs für eine immer heterogenere Schülerschaft, um auch zukünftig Leistungsträger für das Duale System zu gewinnen und nicht alle direkt an die Hochschule zu verlieren
- Ausstattungsoffensive mit Sachmitteln und Fachräumen für die berufsbildenden Schulen, damit diese mit dem Standard der Betriebe mithalten können
- verstärkte Förderung bilingualer Bildungsangebote an Berufskollegs
- Förderung des internationalen Azubiaustauschs
- häufigere Einlösung des Versprechens der Berufskollegs, Stützmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche und Zusatzqualifikationen für Leistungsspitzen anzubieten
- Die Bildungsberichterstattung muss im Bereich der beruflichen Bildung unbedingt zügig und umfänglich auf- und ausgebaut werden.

III. Ausblick

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP-Landtagsfraktion zum Ausbildungsstandort NRW soll die politische Debatte in unserem Land versachlichen und die notwendige Datenbasis für eine Weiterentwicklung des „Ausbildungskonsens NRW“ bereitstellen.

Viele Probleme mangelnder Ausbildungsfähigkeit und fehlender Ausbildungsreife lägen heute nicht mehr vor, wenn die Landesregierung seit Beginn der Legislaturperiode auf diverse Vorschläge der FDP-Opposition zur Verbesserung der Bildungsqualität von Schulabgängern eingegangen wäre. Die FDP-Landtagsfraktion hat unermüdlich das fehlende Ausbildungsvertrauen der Wirtschaft aufgrund fehlender Maßnahmen zur schulischen Qualitätsverbesserung parlamentarisch thematisiert. Alle entsprechenden dem Landtag vorgelegten Handlungskonzepte wurden von der rot/grünen Regierungsmehrheit abgelehnt. Dabei sind viele bildungspolitischen Initiativen der FDP-Opposition auch das jahrelange Anliegen der ausbildenden Wirtschaft in unserem Land.

Felix Becker
Karl Peter Brendel
Dietmar Brockes
Brigitta Capune-Kitka
Dr. Ute Dreckmann
Holger Ellerbrock
Horst Engel
Angela Freimuth
Dr. Stefan Grill
Dr. Jens Jordan
Christian Lindner
Dr. Robert Orth
Dr. Gerhard Papke
Dr. Jana Pavlik
Ingrid Pieper- von Heiden

Christof Rasche
Dr. Stefan Romberg
Joachim Schultz-Tornau
Dr. Daniel Sodenkamp
Jan Söffing
Marianne Thomann-Stahl
Prof. Dr. Friedrich Wilke
Ralf Witzel
Dr. Ingo Wolf